

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 04.05.2021
Raum: Mehrzweckhalle Feldbreite, Feldbreite 16, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:42 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender

Herr Thorsten Bohmann CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Erich Bischoff CDU

Frau Sylke Heilker CDU

Herr stv. BM Kai Küpperbusch CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Hendrik Lehnert CDU

Herr Thorsten Menke CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Reiner Wessels CDU

Herr Patrick Brandt CDU

Herr Jöran Gertje SPD

Frau Kerstin Icken SPD

Herr Wilhelm Janßen SPD

Frau Sabine Koopmann SPD

Frau Nadine Koopmann-Schmidt SPD

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Bürgermeister Lars Krause SPD

Herr Rainer Meyer SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Horst Segebade SPD

Herr Levent Süre SPD

Frau Dr. Sabine Eyting B90/Grüne

Herr stv. BM Gerd Langhorst B90/Grüne

Frau Sandra Peters B90/Grüne

Herr Eckhard Roese B90/Grüne

Herr Dirk Bakenhus UWG

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Ehrenratsmitglieder

Herr Hans-Gerold Finkeisen CDU

Verwaltung

Herr Fritz Sundermann

Herr Stefan Unnewehr

Frau Anke Wilken

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Ralf Kobbe

Protokoll

Herr Rabih Hassoun

Technik

Herr Stefan Tölen

Technik

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

sowie 4 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Frau Anette Sundermann CDU

Herr Benjamin Dau SPD

Herr Jörn Benjes B90/Grüne

Herr Theo Meyer UWG

Herr Rainer Zörgiebel FFR

Frau Silke Köhler Linke

Ehrenbürgermeister

Herr Dieter Decker CDU

Ehrenratsmitglieder

Herr Dieter von Essen CDU

Frau Marianne von Essen CDU

Herr Hans-Hermann Schlange SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.12.2020
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2021/032
- 6 Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2021/019
- 7 Haushalt 2020 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro
Vorlage: 2021/045
- 8 Haushalt 2020 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben unter 5.000 Euro
Vorlage: 2021/046
- 9 4. Änderung Bebauungsplan Nr. 14 - Wahnbek
Vorlage: 2021/034
- 10 Aufzeichnung u. Veröffentlichung von Aufzeichnungen öffentlicher Gremiensitzungen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2021/008
- 11 Neufassung Flächennutzungsplan / Leitlinien Bürgerbeteiligung - Antrag Gruppe CDU - Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2021/042
- 12 Festsetzung Verkaufspreis Baugebiet Wahnbek, Nördlich Feldstraße
Vorlage: 2021/054
- 13 Erweiterung der Vergaberichtlinien für Baugrundstücke - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2021/052A
- 14 Richtlinie für die Vergabe von Grundstücken - Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2021/053A
- 15 Bericht des Bürgermeisters
- 16 Einwohnerfragestunde
- 17 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 29 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Rat beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.12.2020

Der Rat beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 15.12.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2021/032

Sitzungsverlauf:

Herr Menke nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Herr Thorsten Menke wird mit Wirkung vom 05.05.2021 erneut für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Hahn berufen.

Herr Eike Stahmer wird mit Wirkung vom 05.05.2021 erneut für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Hahn berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

**Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2021/019**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Herr Markus Meyer wird mit Wirkung vom 05.05.2021 erneut für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Loy-Barghorn berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

Haushalt 2020 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben über 5.000 Euro
Vorlage: 2021/045

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils über 5.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

**Haushalt 2020 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben unter 5.000 Euro
Vorlage: 2021/046**

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von jeweils unter 5.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

**4. Änderung Bebauungsplan Nr. 14 - Wahnbek
Vorlage: 2021/034**

Sitzungsverlauf:

Frau Fisbeck gibt analog zu ihren Ausführungen im Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 22.03.2021 zu verstehen, dass die angedachte Bebauung von sechs Wohnhäusern auf 1800 Quadratmetern nicht zum Residenzort Rastede passt und nicht einmal Platz für einen kleinen Garten mit Sandkasten lässt.

Herr Langhorst spricht sich ausdrücklich für das Konzept zur verträglichen Innenentwicklung aus, bemerkt jedoch, dass im vorliegenden Fall die Planung des Investors mit dem vorgesehenen Bau von sechs Häuser auf einer relativ kleinen Fläche von nicht einmal 2000 Quadratmetern für Wahnbeker Verhältnisse überdimensioniert ist. Er spricht sich dafür aus, in der neuen Wahlperiode das Konzept und die bislang umgesetzten Maßnahmen zu evaluieren, um künftig Ausreißer rechtzeitig verhindern zu können.

Herr Roese bemerkt, dass er sich stets gegen das Konzept mit der einhergehenden immer stärkeren Innenverdichtung ausgesprochen hat, da neben der Versiegelung von wertvollen Grünflächen im Innenbereich nach wie vor auch Bauland in der Fläche ausgewiesen wird.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 22.03.2021 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Die 4. Änderung des Bebauungsplans 14 mit Begründung sowie die örtlichen Bauvorschriften werden gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 10

Aufzeichnung u. Veröffentlichung von Aufzeichnungen öffentlicher Gremiensitzungen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2021/008

Sitzungsverlauf:

Frau Dr. Eyting führt zu diesem und dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt „Leitlinien für eine Bürgerbeteiligung“ aus, dass sich beide Themen mit Änderungen von Prozessen, die Auswirkungen auf jeden Einzelnen aus Rat und Verwaltung haben, beschäftigen und viele Vermutungen, Befürchtungen und Emotionen hervorrufen, auf deren Basis keine guten und einvernehmlichen Entscheidungen zu erwarten sind. Vor diesem Hintergrund ist es empfehlenswert, nicht vorschnell zu handeln, sondern einen Schritt zurück zu treten und dem Prozess Raum zu geben, um nach Möglichkeit zu Beginn der nächsten Wahlperiode zu einer ausgewogenen Lösung kommen zu können. Zum Antrag „Aufzeichnung öffentlicher Gremiensitzungen“ (Anlage 1 zur Vorlage) führt sie ergänzend aus, dass es der Fraktion grundsätzlich darum geht, Transparenz von Entscheidungsprozessen zu schaffen. In diesem Zusammenhang stellt sie auch die Vorzüge einer Übertragung sowie die noch zu klärenden Problemfelder dar. Da die Entscheidung über den Antrag letztendlich die Mitglieder des nächsten Rates betreffen wird, beantragt sie die Verschiebung des Beschlusses auf die nächste Ratsperiode. Sie appelliert an Rat und Verwaltung in der Zwischenzeit zu überlegen, welche Rolle jeder persönlich einnehmen kann und will. Im Übrigen sollten Erfahrungen aus anderen Gemeinden eingeholt sowie die technische Umsetzung und die damit einhergehenden Kosten genauer evaluiert werden.

Bürgermeister Krause berichtet, dass wie von den Ratsgremien gewünscht die Verwaltung versucht hat, Erfahrungsberichte aus umliegenden Kommunen in der Region einzuholen, jedoch lediglich Rückmeldungen dahingehend eingegangen sind, dass die Videoübertragung von politischen Sitzungen lediglich versuchsweise durchgeführt und anschließend eingestellt wurde, da der Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte nicht zu 100 Prozent gewahrt werden konnten. Im Übrigen weist er ergänzend auf die in der Vorlage skizzierten Probleme hin, die eine Aufzeichnung von öffentlichen Gremiensitzungen schlussendlich konterkarieren könnten.

Herr Lehnert begrüßt grundsätzlich den Ansatz, die Ratsarbeit transparenter zu gestalten und neben den öffentlichen Sitzungen, den Protokollen und der Berichterstattung in den Printmedien auch noch eine weitere umfassende Dokumentation einzuführen. Er weist darauf hin, dass es jetzt in einen nächsten Schritt darum gehen muss, die Chancen und Risiken abzuwägen, wobei auch berücksichtigt werden muss, dass die Ratsmitglieder keine Berufspolitiker, sondern ehrenamtlich tätig sind.

Frau Sager-Gertje begrüßt den Vorschlag, die Thematik im neuen Rat vertiefend zu erörtern, bemerkt jedoch auch, dass die SPD-Fraktion einer Videoübertragung von Gremiensitzungen eher skeptisch gegenübersteht. Sie weist darauf hin, dass letztendlich der ganze Rat mitsamt der Verwaltung dahinter stehen muss, da ansonsten die Gefahr besteht, dass die Information nur bruchstückweise erfolgt und die gewünschte Transparenz ins Gegenteil verkehrt wird.

Herr Bakenhus begrüßt vom Grundsatz her die Idee, weist jedoch auch darauf hin, dass die Persönlichkeitsrechte ein sehr hohes Gut sind, sodass es richtig ist, zunächst Erfahrungsberichte aus anderen Kommunen einzuholen.

Frau Fisbeck plädiert für eine Übertragung beziehungsweise Aufzeichnung von wichtigen Gremiensitzungen, sofern eine qualitativ hochwertige Produktion gewährleistet werden kann. Beispielhaft nennt sie eine Übertragung eines Bauausschusses in Bad Zwischenahn, wo eine hervorragende Ton- und Bildtechnik zum Einsatz kam, sodass das Zuschauen auch Spaß gemacht hat.

Der Ratsvorsitzende Bohmann fasst die Beratung noch einmal zusammen und stellt den Beschlussvorschlag, den Antrag zunächst zurückzustellen und dem neuen Rat zur erneuten Beratung wieder vorzulegen, zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag „Aufzeichnung und Veröffentlichung von Aufzeichnungen öffentlicher Gremiensitzung“ wird zurückgestellt und dem neuen Rat der Wahlperiode 2021 bis 2026 zur erneuten Beratung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 11

Neufassung Flächennutzungsplan / Leitlinien Bürgerbeteiligung - Antrag Gruppe CDU - Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: 2021/042

Sitzungsverlauf:

Herr Lehnert stellt noch einmal vollumfänglich den Antrag der Gruppe CDU/Grüne vor und weist insbesondere darauf hin, dass man grundsätzlich Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation voneinander trennen muss und Leitlinien für eine Bürgerbeteiligung einen Rahmen aufzeigen sollen, der den Bürgerinnen und Bürgern transparent aufzeigt, in welchem Rahmen eine Möglichkeit zur Mitgestaltung eröffnet wird. Ein positives Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Arbeitsgruppe Bäder, die sich intensiv mit der Zukunft des Freibades auseinandergesetzt.

Bürgermeister Krause begrüßt, dass bereits im Rahmen der vorbereitenden Beratung im Verwaltungsausschuss die Neufassung des Flächennutzungsplans ausgeklammert wurde und für eine Beratung in der neuen Wahlperiode vorbereitet werden soll. Dessen ungeachtet weist er darauf hin, dass in jüngerer Vergangenheit beispielsweise mit der Arbeitsgruppe Bäder und mehreren Arbeitsgruppen zur Neugestaltung von Spielplätzen bereits eine aktive Bürgerbeteiligung erfolgreich absolviert wurde und wie in der Vorlage dargestellt, weitere Beteiligungs- und Informationsangebote vorgesehen sind, die teilweise wegen der Corona-Pandemie noch nicht durchgeführt werden konnten.

Frau Dr. Eytling legt dar, dass es letztendlich um die Einigung auf verlässliche Regeln geht, die klar machen, wer beteiligt sich wann und wo und wer entscheidet auf welcher Basis. Darüber hinaus sollte unter anderem geklärt werden, wer Teil der Arbeitsgruppe und wer nicht (Politik, Verwaltung) ist, ob und zu welchem Zeitpunkt eine fachliche Unterstützung zur Ausarbeitung des Themas erfolgen soll, wer die Ergebnisse in Rat und Verwaltung vorträgt und wie und zu welchem Zeitpunkt die Informationen in die politische Beratung mit einfließen. Ziel dieser Regelungen sollte es sein, Enttäuschung oder Frustration vorzubeugen, da die Einflussmöglichkeiten der Beteiligten beim gewünschten Vorgehen transparent vereinbart und festgeschrieben werden.

Herr Kramer weist zunächst darauf hin, dass letztendlich immer der Bürgermeister entscheidet welche Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten ausgewählt werden. Vor diesem Hintergrund empfiehlt er, die aufgezeigten fünf Instrumente erst einmal durchzuführen und Erfahrungen zu sammeln. Darüber hinaus ist es natürlich auch ratsam, sich weitergehende Gedanken zu machen und ratsintern auszutauschen, um nach Möglichkeit eine gemeinsame Linie zu finden.

Im weiteren Verlauf der Beratung werden von den Fraktionen die jeweiligen Stellungnahmen mit weiteren Wortbeiträgen verfestigt.

Frau Lamers betont ergänzend, dass der Antrag mittlerweile seit rund 2,5 Jahre vorliegt und jetzt nicht noch mehr Zeit verstreichen sollte, sodass es aus ihrer Sicht sinnvoll wäre, zeitnah ein Team zu gründen, das mögliche Strukturen und Lösungs-

vorschläge erarbeitet. Dessen ungeachtet unterbreite sie den Vorschlag, ähnlich wie in Wiefelstede künftig vor einer ersten öffentlichen Beratung zu Baugebieten oder anderen größeren Projekten, eine Bürgerversammlung durchzuführen, um die Bürgerinnen und Bürger für die Thematik zu sensibilisieren und gegebenenfalls auch ein Meinungsbild abfragen zu können.

Frau Sager-Gertje erläutert, dass sich unter anderem auch die neuen Kandidaten gerne einbringen möchten, sodass sie an ihren Vorschlag festhalten möchte, einen fraktionsübergreifenden Workshop nach der Kommunalwahl zu initiieren, um gemeinsam gegebenenfalls auch unter Beteiligung von Dritten einen einvernehmlichen Vorschlag zu erarbeiten, der idealerweise von der Gesamtheit des Rates mitgetragen wird.

Frau Dr. Eyting unterstützt den Vorschlag von Frau Sager-Gertje und ergänzt, dass es nicht sinnvoll ist, jetzt Regelungen zu erarbeiten, die der neue Rat dann annehmen muss. Im Übrigen zeigt sie sich erfreut darüber, dass ein breiter Konsens hinsichtlich des weiteren Vorgehens vorliegt.

Beschluss:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 12

**Festsetzung Verkaufspreis Baugebiet Wahnbek, Nördlich Feldstraße
Vorlage: 2021/054**

Sitzungsverlauf:

Herr Langhorst begrüßt, dass seitens der Gemeinde Rastede erstmals seit langer Zeit wieder ein Erbbaurecht eingeräumt wird, womit den künftigen Bauherren eine deutliche finanzielle Entlastung zuteil kommt, die sich auch deutlich beim monatlichen Abtrag bemerkbar macht. Somit kann auch künftig Bürgerinnen und Bürgern der Bau eines Eigenheims ermöglicht werden, die über nicht so hohe Einkommen verfügen.

Herr Kramer macht deutlich, dass für die SPD-Fraktion der Quadratmeterpreis von 190 Euro deutlich zu hoch ist, sodass die Fraktion die Kommunalaufsicht eingeschalten hat, um prüfen zu lassen, ob und inwieweit eine Reduzierung möglich ist. Leider besteht im aktuellen Fall laut Kommunalaufsicht keine Möglichkeit vom ermittelten Marktwert abzuweichen, sodass er froh darüber ist, dass mit der Möglichkeit der Einräumung eines Erbbaurechts ein Kompromiss gefunden wurde, um auch einkommensschwächeren Familien den Bau eines Wohnhauses zu ermöglichen.

Frau Dr. Eying signalisiert ebenfalls Zustimmung, da der im Rahmen der Diskussion um vergünstigte Baugrundstücke eingebrachte Vorschlag des Erbbaurechts mit aufgenommen wurde. Sie begrüßt zudem, dass die Übertragung einer nicht ausgeschöpften Quote auf andere Bauabschnitte möglich ist und das Modell auf weitere Baugebiete ausgedehnt werden soll.

Herr Lehnert legt dar, dass der Kaufpreis zwar recht hoch aber auch marktgerecht ist. Er befürwortet ebenso wie seine Vorredner, die Wiedereinführung der Vergabe von Grundstücken auf Grundlage des Erbbaurechts, weist jedoch in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass diese Praxis kein Allheilmittel ist, um die durch den Baustopp im Göhlen entstandene Mangelverwaltung zu beheben, sodass weitere Angebote geschaffen werden sollten.

Beschluss:

1. Der Verkaufspreis für das Baugebiet „Ipwege-Nördlich Feldstraße“ wird für den ersten Vermarktungsabschnitt auf 190 Euro/m² festgesetzt. Der im Verkaufspreis enthaltene Ablösungsbetrag für den Anteil des Erschließungsbeitrages nach der Erschließungsbeitragssatzung beträgt 31,13 Euro/m².

Die ebenfalls im Verkaufspreis enthaltenen Abwasserbeiträge betragen entsprechend der Abwasserbeitragssatzung:

- a) Schmutzwasserbereich 3,34 Euro/m²
- b) Regenwasserbereich 1,00 Euro/m²

Die Kosten für die Hausanschlusschächte sind im Gesamtpreis ebenfalls enthalten.

2. Auf der Grundlage der bestehenden Vergabebedingungen der Gemeinde Rastede wird den Interessenten für den Erwerb eines Grundstückes für den Bau eines Einfamilienhauses in einer Quote von maximal 50 % der bestehenden Grundstücke die Wahlmöglichkeit eingeräumt, alternativ zum Kauf des Grundstückes ein Erbbaurecht hieran zu begründen, wobei der anfängliche Zinssatz 1,0 % beträgt. Eine erstmalige Erhöhung des Zinssatzes erfolgt frühestens nach 10 Jahren. Über die Höhe eines veränderten Zinssatzes ist zu gegebener Zeit gesondert zu beschließen. Eine Übertragung des Erbbaurechtsangebotes, soweit die Quote nicht ausgeschöpft wird, ist auf einen weiteren Vermarktungsabschnitt möglich, soweit die Quote von insgesamt 50 % der Grundstücke nicht überschritten wird.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die für den Bereich des vorliegenden Vermarktungsabschnittes eingeräumte Möglichkeit des Erbbaurechts auch bei dem weiteren Vermarktungsabschnitt und bei weiteren Baugebieten, die für Grundstücke für den Bau von Einfamilienhäusern einen Gesamtkaufpreis von mehr als 150 Euro/m² festlegen, zu berücksichtigen.
4. Im Übrigen bleiben die Vergabebedingungen unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 13

Erweiterung der Vergaberichtlinien für Baugrundstücke - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2021/052A

Sitzungsverlauf:

Herr Bohmann regt an, ähnlich wie im Finanz- und Wirtschaftsausschuss die Tagesordnungspunkte 13 und 14 gemeinsam zu beraten und anschließend separat darüber abzustimmen.

Seitens der Ratsmitglieder bestehen diesbezüglich keine Bedenken.

Frau Dr. Eyting erläutert noch einmal umfassend ihren eingereichten Antrag (Anlage 1 zur Vorlage) und weist insbesondere darauf hin, dass aus ihrer Sicht alle drei Punkte des Antrags noch wichtig und richtig sind, jedoch es jetzt erst einmal um eine praktikable Umsetzung geht. Sie betont, dass mit der Option des Erbbaurechtes für 50 % der Grundstücke ein guter Vorschlag für das aktuelle Baugebiet in Ipwege vorliegt und nach dem Abverkauf der Grundstücke geschaut werden sollte, ob noch weitere Regelungen notwendig sind, um das Angebot einkommensgerechter zu gestalten.

Herr Bakenhus befürwortet ebenfalls den Beschlussvorschlag, gibt aber zu verstehen, dass die UWG an ihren Antrag festhält, zumal die Anregung aus der Bürgerschaft kam.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Verkauf der Wohnbaugrundstücke im ersten und zweiten Verkaufsabschnitt des Wohnbaugebiets „Nördlich Feldstraße“ in Ipwege, eine Evaluierung hinsichtlich der vorgenommenen Grundstücksvergaben vorzunehmen und im Anschluss den politischen Gremien zur weiteren Beratung über die Vergabekriterien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 14

**Richtlinie für die Vergabe von Grundstücken - Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2021/053A**

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 13 verwiesen.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Verkauf der Wohnbaugrundstücke im ersten und zweiten Verkaufsabschnitt des Wohnbaugebiets „Nördlich Feldstraße“ in Ipwege, eine Evaluierung hinsichtlich der vorgenommenen Grundstücksvergaben vorzunehmen und im Anschluss den politischen Gremien zur weiteren Beratung über die Vergabekriterien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 15

Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Krause berichtet anhand einiger Power-Point-Folien über die teilweise extremen Kostensteigerungen beim Baumaterial für den Hochbau, den aktuellen Sachstand hinsichtlich der Umbauprojekte Palais und Archiv, die Personalauslastung in der Corona-Pandemie, das Klageverfahren der Gewerkschaft ver.di gegen die verkaufsoffenen Sonntage 2021 in Rastede sowie die Eröffnung weiterer Corona-Testzentren in Wahnbek und Hahn-Lehmden. Im Übrigen dankt er Herrn Ahlers im Namen aller Ratsmitglieder für das Saatgut-Präsent, das hoffentlich zahlreiche Blühwiesen hervorbringt.

Tagesordnungspunkt 16

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 17

Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Bohmann schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 18:42 Uhr.